

V-09 Armut in Studium und Ausbildung können wir uns nicht leisten - Junge Menschen in Armut nicht allein lassen

Antragsteller*in: Katrin Lögering (KV Dortmund)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Jedes fünfte Kind in Deutschland ist armutsgefährdet. Diese Zahl aus der
2 Bertelsmannstudie zu Kinder- und Jugendfinanzierung, ist völlig zurecht derzeit
3 im Fokus der öffentlichen Debatte. Eine zweite bekommt zu wenig Aufmerksamkeit:
4 Jede*r VIERTE junge Erwachsene ist arm oder von Armut bedroht.

5
6 Das ist erschreckend. Denn es bedeutet, dass diejenigen Menschen, die am Anfang
7 ihres Lebens stehen, Berufsausbildungen machen, studieren oder erste Erfahrungen
8 im Berufsleben sammeln in Deutschland die größte von Armut betroffene Gruppe
9 sind.

10
11 Schon in der Corona-Krise haben junge Menschen besonders gelitten und ihre
12 Entlastung hatte keine Priorität. Die Politik reagierte mit statt mit echter
13 Entlastung verspäteten Pseudo-Hilfen, verzinsten Krediten, bürokratischen Hürden
14 und langen Wartezeiten. Die nächste Krise folgte unmittelbar danach: Die
15 Lebenshaltungskosten steigen exorbitant, was junge Menschen in oftmals prekären
16 Beschäftigungsverhältnissen besonders trifft. Die Einmalzahlung von 200 € kam
17 viel zu spät und ist zu niedrig. Auch die Studierendenwerke sind mit steigenden
18 Kosten konfrontiert und müssen diese über höhere Beiträge an die Studierenden
19 weitergeben, die keine andere Wahl haben als zu zahlen. Hier braucht es
20 kurzfristig ernsthafte Entlastungen nicht nur durch die Bundesregierung, sondern
21 auch durch das Land.

22 Krisen verdeutlichen und verstärken bestehende Probleme. Und dabei sind genau
23 diejenigen jungen Menschen besonders stark betroffen, deren Eltern nicht die
24 Mittel haben, ihre Kinder zu unterstützen.
25 Die Armutsgefährdung junger Menschen stagniert seit Jahren. Ihr Ursprung ist
26 strukturell. Wir wissen, der Bildungserfolg in Deutschland hängt noch immer von
27 der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern ab - nur 11% erhalten Leistungen nach
28 dem BAföG. Nicht verwunderlich also, dass rund zwei Drittel der Studierenden
29 neben dem 40 stündigen Vollzeitstudium arbeiten müssen - als Aushilfen,
30 Werkstudierende und studentische Hilfskräfte. Sie leben von Monat zu Monat,
31 häufig knapp am Existenzminimum und in Sorge um ständig steigende Wohn- und
32 Lebenshaltungskosten. Das lassen wir als Gesellschaft zu, obwohl diese Menschen
33 unsere Zukunft sind. Um das zu ändern braucht es mehr als Pflaster. Es braucht
34 strukturelle Veränderungen und das kostet auch Geld. Junge Menschen gut
35 auszubilden, sollte es uns wert sein.

36 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW steht an der Seite junger Menschen - ob in Studium,
37 Ausbildung oder Berufseinstieg. Wir unterstützen sie, indem wir...

38 ... Studis und Azubis nicht allein lassen, und kurzfristige Maßnahmen in die
39 Wege leiten:

40 • Die steigenden Preise treffen uns alle. Die Studierenden in ihrem Alltag
41 wie auch die Studierendenwerke. Deshalb ist es richtig, dass die
42 Landesregierung begonnen hat, die Zuschüsse an die Werke zu dynamisieren.
43 Doch 3% Erhöhung reichen bei weitem nicht aus, vor allem da sie auf eine
44 strukturelle Unterfinanzierung treffen. In der aktuellen Lage müssen die
45 Studierenden die immens steigenden Kosten über höhere Sozialbeiträge
46 ausbaden. Eine zusätzliche Belastung und ungerecht dazu. Eine Anpassung
47 der Zuschüsse an die reale Inflation ist für die Finanzierung der
48 Studierendenwerke das Mindeste.

49 • Die revolutionäre Einführung des Deutschlandtickets wirft existenzielle
50 Fragen für das Solidarmodell des Semesertickets auf. Die Idee des von
51 allen Studierenden gemeinsam finanzierten ÖPNV-Tickets muss unbedingt
52 erhalten werden. Deshalb muss es zeitnah ein ermäßigtes Deutschlandticket
53 für Studis, Azubis und FSJler*innen geben, das maximal 129€ im Semester
54 kostet. So fordern es auch die Studierendenschaften in NRW und darüber
55 hinaus.

56 • Die Einführung eines Notfallmodus im BAföG war ein wichtiger und
57 überfälliger Schritt. Doch, dass dieser in der aktuellen Krise nicht zur
58 Anwendung kam, zeigt die Notwendigkeit, die Kriterien für dessen Auslösung
59 weiter zu fassen als über den sehr engen Fokus auf den studentischen
60 Arbeitsmarkt. Dafür sollte sich das Land NRW einsetzen.

61 • Arbeitnehmer*innen unterschiedlichster Branchen streiken. Sie können sich
62 ihren Lebensunterhalt nicht mehr leisten. Studierende beschweren sich seit
63 Jahren über prekäre Beschäftigungsverhältnisse und fordern einen
64 Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV Stud). Wir müssen
65 solidarisch an Ihrer Seite stehen und uns für einen Verhandlungsbeginn
66 noch in diesem Jahr einsetzen. Auch die Arbeit von Studierenden muss sich
67 lohnen.

68 ... zu einem Studierenden- und Auszubildenden-Gipfel einladen. Damit schaffen
69 wir Bewusstsein und nehmen die Probleme junger Menschen ernst. Hier setzen wir
70 uns mit dem Konfliktfeld auseinander und suchen langfristige Lösungen für
71 strukturelle Probleme junger Menschen. Darunter fallen zum Beispiel:

72 • Die Schaffung von Wohnraum durch die Studierendenwerke solide zu
73 finanzieren.

74 • Landesflächen für den Bau von Studi-/Azubiwohnen zur Verfügung zu stellen.

75 • Studierendenwerke zu erlauben, auch Wohnraum für Azubis zu schaffen.

76 • Im Bund die nächste Schritte der BAföG Reform schnell umzusetzen.

Begründung

Bewusstsein für die Situation junger Menschen schaffen

Die Erwartungen der Gesellschaft an junge Menschen sind groß: Junge Menschen sollen auf eigenen Beinen stehen, möglichst in einer eigenen Wohnung leben, den Lebensunterhalt selbst bestreiten, notfalls durch Nebenjobs falls BAföG oder Ausbildungsgehalt nicht ausreichen und sich dabei möglichst wenig über Belastungen oder finanzielle Probleme beschweren. Falls doch einmal zu laut gestöhnt wird, wird entgegnet "Da musste ich auch durch" oder "Ausbildungsjahre sind keine Herrenjahre". Mit diesen Narrativen erklären wir uns, warum Reformen warten können oder nicht dringlich sind. Wir haben soziale Korrektive entwickelt, wie das BAföG zur Studienfinanzierung, das Semesterticket oder Studierendenwerke, die für die jungen Menschen als Beratungen in schwierigen Lebenssituationen, für Wohnraum und ein für kostengünstiges Mittagessen zuständig sind. Wir erklären uns gesellschaftlich so, dass es ja besser als früher sei.

Erwartungen an junge Menschen und Realitäten sollten aber unseren Ansprüchen an eine bildungsgerechte Gesellschaft nicht genügen: Wer als junger Mensch in Armut aufwächst, leidet täglich unter Mangel, Verzicht und Scham und hat zugleich deutlich schlechtere Zukunftsaussichten. Das ist sowohl für die Betroffenen selbst als auch für die Gesellschaft als Ganzes untragbar.

Die Hoffnung, dass mit den Regierungswechseln in Bund und Land die erwartete Trendwende eingeleitet wird, wurde einem Realitätscheck unterzogen. 2 Beispiele:

Die BAföG-Novelle bringt noch nicht die versprochenen Steigerungen Bezieher*innenzahlen: Es ist als Studienfinanzierungssystem noch immer ausgerichtet auf 'Normalstudierende', die mit Anfang 20 in einem ideal umgesetzten Studiengang ihr Studium problemlos in Regelstudienzeit durchziehen und neben dem Studium keine weiteren Anliegen verfolgen, außer ein paar zusätzlichen Praktika um die 'Karrierechancen zu verbessern'. Durch die Gesellschaft und die Politik wird seit Jahren systematisch übersehen, dass die wenigsten Studierenden dieser Norm entsprechen - Wer ihr nicht entspricht, fällt durch das Raster. Eine Novelle, die sich am bestehenden System orientiert, wird das System nicht verändern.

Rund 2/3 der Studierenden arbeiten neben 40 Stunden Vollzeitstudium zum Beispiel als studentische Hilfskräfte: Noch immer ohne einheitliche, landesweite Regelungen und noch immer ohne TVStud. Die Hamburgische Bürgerschaft hat erst kürzlich die Vertragslaufzeit für studentische Hilfskräfte auf mindestens 2 Semester angepasst und den Senat mit der Erstellung eines Konzepts beauftragt. Außerdem unterstützen sie einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte auf Bundesebene.

Semesterticket, steigende Beiträge bei Studierendenwerken, zu wenige und zu späte Entlastungen in Krisensituationen:

Nehmen wir Armut persönlich! Schaffen wir Sichtbarkeit! Sorgen wir endlich für entsprechende Maßnahmen!

Unterstützer*innen

Marek Paul Kirschniok (KV Dortmund); Albert Wenzel (KV Münster); Maren Wirth (KV Münster); Avery Sommer (KV Münster); Judith Petersen (KV Münster); Sophie Kiko (KV Münster); Oliver Koch (KV Münster); Hannah Sassen (KV Dortmund); Thomas Eltner (KV Dortmund); Simon Haack (KV Münster); Fabian Müller (KV Münster); Joanna Delicaris (KV Münster); Isaak Rose (KV Münster); Felix Berger (KV Dortmund); Luis Hotten (KV Dortmund); Paul Bohmann (KV Münster); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Derya Gür-Seker (KV Rhein-Sieg); Marie Diekmann (KV Münster); Lukas Färber (KV Münster); Frédéric David Leander Fraund (KV Rhein-Sieg); Franca Fischer (KV Dortmund); Sitki Özgül

(KV Dortmund); Finn Wilken (KV Dortmund); Noah Rothe (KV Münster); Emely Schmidt (KV Dortmund);
Michelle Jura (KV Dortmund)